

Sanierungsgebiet Unmut in Zellerfeld

Seit 2017 steht das Sanierungsgebiet Zellerfeld fest. Doch was Hauseigentümer rund ums Oberharzer Bergwerksmuseum machen dürfen, ist nach wie vor unklar. Wer jetzt saniert, muss vielleicht wieder rückbauen. Das schürt Unmut. Jetzt sickert durch, dass SPD und CDU in knapp zwei Wochen im nicht öffentlichen Verwaltungsausschuss auf eine Bürgerversammlung drängen. Bereits am 12. März lädt die SPD zur „Motzstunde“ ab 17 Uhr in die AWO.

Schachmatt im historischen Schachbrettquartier

Die fehlende Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet Zellerfeld sorgt bei Hauseigentümern für Unruhe und Verunsicherung

Von Eike Bruns

Clausthal-Zellerfeld. Es gärt im Sanierungsgebiet Zellerfeld. Seit 2017 fließen öffentliche Fördergelder. Doch da die Verwaltung unterbesetzt ist und es bislang fehlschlüglig, einen externen Fachberater einzusetzen, kommen diese bei den Hauseigentümern noch nicht an, sondern müssen wieder zurückgezahlt werden. Und immer noch fehlt die Gestaltungssatzung, wie im schachbrettartig angelegten Quartier Häuser saniert werden dürfen.

Ortstermin vor dem Haus der Familie Cronjäger in der Treuerstraße. Landtagsabgeordnete Petra Emmerich-Kopatsch und Zellerfelds heimlicher Bürgermeister Volker Taube haben den SPD-Ortsverein zusammengetrommelt. Die Fassade, die Cronjägers gerade saniert haben, hatte Taube mehrfach in den vergangenen Monaten als Beispiel herangezogen, dass etwas im Sanierungsgebiet schief läuft.

Das sieht auch die SPD-Landtagsabgeordnete so und hat ihren Kreisfraktionsvorsitzenden Alexander Saipa mitgebracht, um zu zeigen, dass der Landkreis keinen Anteil an den Verwerfungen trägt.

Das sagt die SPD

„Aus Sicht der SPD-Fraktion kommen wir nicht umhin, jetzt, bevor die erneute Ausschreibung an den Start geht, eine Debatte zu führen, ob an dem Sanierungsprogramm festgehalten werden soll, oder ob es nicht für alle Beteiligten ressourcensparender ist, dieses aufzugeben“, sagt Fraktionsvorsitzender Alexander Ehrenberg. Nach Jahren der Bewegungslosigkeit gebe es in Zellerfeld kaum noch eine positive Mitnahme der Menschen. Aber ohne eine positive Grundstimmung könne ein städtebauliches Sanierungsprogramm nicht erfolgreich sein.



A. Ehrenberg



Ortstermin der SPD mit Landtagsabgeordneter Petra Emmerich-Kopatsch und Kreisfraktionsvorsitzendem Alexander Saipa, denen Gerd Cronjäger (v.re.) die sanierte Fassade zeigt, von der nicht klar ist, ob sie so bestehen bleiben darf. Foto: Bruns

Das sagt die CDU

Das Sanierungskonzept Zellerfeld sei eine gute Sache, wenn es strikt umgesetzt werden würde, sagt CDU-Fraktionsvorsitzender Lars Weitemeyer. Aber wenn es nicht funktioniere und man bei den Anwohnern keine Lust darauf wecke, dann sei es eher ein Hemmschuh. „Die Stimmung in Zellerfeld muss sich deutlich ändern“, sagt er. Natürlich habe die Politik die Verwaltung beauftragt, das Konzept umzusetzen. Aber wenn die damit über den Rand ihrer Leistungsfähigkeit komme, dann habe er kein Problem damit, eine Rolle rückwärts zu machen.



Lars Weitemeyer

Das sagt die K-O-L

„Die K-O-L steht hinter dem Sanierungskonzept“, sagt deren Sprecher Eckhard Bruns unmissverständlich. Es würden jetzt relativ wenige dafür sorgen, dass ein negatives Stimmungsbild entstehe. Natürlich müsse jetzt zügig eine Gestaltungssatzung her. Die Verwaltung sei überfordert, weswegen sich eine externe Firma schnell mit dem Sanierungskonzept befassen müsse. Die meisten würden das ruhig abwarten. Und allen anderen müsse man den Wert des Konzeptes verdeutlichen und sagen: „Habt Geduld, das wird etwas Schönes.“



Eckhard Bruns

Das sagt die FDP

„Wir sehen im Mangel an Information, insbesondere jedoch im Umgang des eingesetzten Personals mit denjenigen, die in unser Ortsbild investieren wollen, das Hauptproblem“, sagt FDP-Fraktionsvorsitzende Eva Peinemann. Die Bürger müssten besser informiert, betreut und beraten werden. Ein Weiterverantreiben des Projektes „Sanierungsgebiet Zellerfeld“ sei mit ihrer Fraktion nicht möglich, wenn die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung dagegen sei. Deswegen müsse man jetzt ein Meinungsbild einholen. Und dafür habe man nur noch wenig Zeit.



Eva Peinemann

Für Astrid und Gerd Cronjäger, die dann im Januar und Februar die Arbeiten fertigstellen ließen, ging damit eine Phase mit Baustopps, über den Winter offen liegender Fassade und deutlichen Mehrkosten zu Ende, nicht jedoch der Ärger. Denn ob Dämmung, Fassadenverkleidung und Kunststofffenster im Sanierungsgebiet überhaupt so zulässig sind, wissen sie bis heute nicht. Mittlerweile liegt das Verfahren beim Rechtsanwalt.

Das ist auch der Grund, warum sich Hermann Josef Reinartz zum konkreten Fall nicht äußert. Der für das Sanierungskonzept zuständige Stabsstellenleiter in der Stadtverwaltung darf über rechtsanhängige Verfahren keine Auskünfte geben.

Wohl aber verteidigt er vehement das Sanierungskonzept. Er hätte gerne eine Gestaltungsfibel, die genau regeln würde, was Hauseigentümer wie sanieren dürfen. Doch die liegt aus Personalmangel auch nach mehr als zwei Jahren nicht vor.

Bestimmte Regeln müssten aber rund ums künftige Welterbeinfzentrum als Touristenmagneten gelten. „Stellen Sie sich vor, zwischen den Pyramiden von Gizeh und der Sphinx stünde ein Betonhochhaus“, versinnbildlicht Reinartz.

Bürgermeisterin Britta Schweigel warnt davor, das Sanierungskonzept jetzt zu verteuern. Ja, es müssen zügig externe Fachberater für die Bürger zur Verfügung stehen. Aber die stille Mehrheit warte ab, ihre Gebäude mit öffentlicher Förderung sanieren zu können.

Die nicht so stillen Anwohner in Zellerfeld kommen schnell hinzu zum Ortstermin bei Cronjägers und machen ihrem Unmut Luft. Sie fühlen sich verunsichert, weil sie nicht wissen, wie sie was sanieren dürfen – und vor allem ab wann.

Die Politik jedenfalls droht eine weitere Warteschleife an. Weil sie die Zellerfelder nicht mehr richtig mitgenommen sehen, wollen SPD und CDU im nicht öffentlichen Verwaltungsausschuss eine Bürgerversammlung beantragen. Vorher soll kein externer Berater gesucht werden, der das Konzept weiter vorantreibt.

Artikel erschienen in der Ausgabe der Goslarschen Zeitung vom 07.03.20